Thorner Presse.

Abonnementspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährl. 2 Mark.
Ausgabe
täglich 6½ Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinenstr. 204.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis
für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 204, Annoncen-Expedition „Invalidendank" in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 32. **Freitag den 7. Februar 1890.** **VIII. Jahrg.**

Der Kaiser und die Arbeiterschutzgesetzgebung.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht zwei hochbedeutsame kaiserliche Erlasse, beide datirt Berlin den 4. Februar. Der erste ist an den Reichskanzler gerichtet und lautet:

Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche Meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes betheiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Ueberzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlung zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage Ich Sie, die Kabinete aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, zu einer Konferenz behufs Berathung über die einschlägigen Fragen einzuladen.

Der zweite Erlaß ist an die Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe gerichtet. Er besagt:

Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwickelung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater Sich der Fürsorge für den wirthschaftlich schwächeren Theil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So werthvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe.

Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden.

Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit der letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben, behufs einer der Stellung der Fabrikinspektoren entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat.

Zur Vorberathung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrath unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte Ich Meiner Bestimmung vor.

Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mittheilen.

Politische Tagesschau.

Beim Reichskanzler Fürsten Bismarck fand am Dienstag Abend ein parlamentarisches Diner statt, an welchem Se. Majestät der Kaiser theilnahm. Nach dem Diner bildeten sich zwei größere Gruppen, und zwar um den Kaiser und um den Fürsten Bismarck. In denselben wurden zwangslos die wichtigsten Tagesfragen erörtert. Der Kaiser zeigte sich über die Arbeiterbewegungen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier in einem Maße informirt, welche die Kenner jener Verhältnisse überraschte. Insbesondere sprach er mit dem Freiherrn von Stumm, dem Grafen Douglas, dem Dr. Miquel und dem Freiherrn v. Huene über die Mittel zur Lösung der schwebenden Fragen. Auch die Steuerreform, die Schulverhältnisse und andere Verwaltungsangelegenheiten wurden in der Unterhaltung berührt. Fürst Bismarck äußerte sich ebenfalls wiederholt über die Arbeiterfrage.

Dem Herrenhause ist der angekündigte Gesetzentwurf über Rentengüter zugegangen. Danach kann bei der eigenthümlichen Uebertragung eines Grundstücks gegen Uebernahme einer festen Geldrente die Ablösbarkeit der letzteren von der Zustimmung beider Theile abhängig gemacht werden. Es wird damit bezweckt, die Seßhaftmachung ländlicher Arbeiter zu befördern.

Der Inhalt des Gesetzentwurfs betr. die Einführung der Gewerbegerichte wird jetzt bekannt. Danach können für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern Gewerbegerichte errichtet werden. Die Errichtung kann auf Antrag betheiligter Arbeitgeber oder Arbeiter von der Landescentralbehörde angeordnet werden, wenn die betheiligten Gemeinden Anträge auf Errichtung solcher Gerichte ablehnen. Diese Gerichte sollen zuständig sein in Streitigkeiten über Antritt, Fortsetzung oder Auflösung des Arbeitsverhältnisses, über Leistungen und Entschädigungsansprüche aus demselben, über Aushändigung oder Inhalt des Arbeitsbuchs oder Zeugnisses und über die Berechnung und Anrechnung der von den Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge. Das Gewerbegericht besteht aus dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, die weder Arbeitsgeber noch Arbeiter sein dürfen, sowie aus mindestens 4 Beisitzern, die je zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Arbeitern gewählt werden. Die Beisitzer erhalten Reisekosten bezw. Diäten. Ja Fällen von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses kann das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden. Der Anrufung ist Folge zu geben, wenn sie von beiden Theilen erfolgt. Das Einigungsamt kann sich durch Zuziehung von Vertrauensmännern der Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl ergänzen. Wenn ein zuständiges Gewerbegericht nicht vorhanden ist, kann bei Streitigkeiten mit Ausnahme derjenigen über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältniß jede Partei die vorläufige Entscheidung durch den Vorsteher der Gemeinde nachsuchen, die in Rechtskraft übergeht, wenn nicht binnen 10 Tagen von einer der Parteien Klage bei den ordentlichen Gerichten erhoben wird. Die Zuständigkeit der Innungsschiedsgerichte soll durch das neue Gesetz nicht eingeschränkt werden.

Bei der Einführung der Rentengüter, welche die Staatsregierung beabsichtigt, ist auch die Nutzbarmachung der großen Theils noch uncultivirten Hochmoor- und Haidflächen im Innern des Landes ein wesentliches Moment. Diese Flächen nehmen innerhalb der Monarchie einen beträchtlichen Raum ein; sie finden sich in allen Landestheilen, vornehmlich in Hannover, Schleswig-Holstein und Ostpreußen, und sind z. Th. fiskalisches Eigenthum, z. Th. in den Händen von Privaten. Angesichts der Erfolge, welche neuerdings unter Leitung der Versuchsstation in Bremen in der Kultur der Hochmoore erzielt worden wird, gewinnt diese innere Kolonisation eine erhöhte Bedeutung, die Hoffnung ist berechtigt, daß sich die Urbarmachung der Hochmoore rasch und auf gesunder Grundlage vollziehen wird, wenn dabei systematisch vorgegangen und es gelingen wird, für die Ueberlassung planmäßig abgemessener Kolonate eine Rechtsform zu finden, welche, ähnlich wie in Holland, dem fleißigen aber kapitalarmen Kolonisten die Betheiligung gestattet und zugleich die Zwecke der Kolonisation sicherstellt, ohne die freie wirthschaftliche Bewegung der Kolonisten zu hemmen.

In einer am Dienstag in Essen stattgefundenen Wählerversammlung hat sich der Arbeiterkandidat Bergmann Schroeder, der seiner Zeit Mitglied der Kaiserdeputation war, offen zur Sozialdemokratie bekannt, der sich, wie er sagte, als der Partei der Zukunft, die Arbeiter nähern müßten.

Verfehmt.

Nach amerikanischem Motiv frei bearbeitet von A. Geisel.
(Nachdruck verboten.)
(28. Fortsetzung.)

„Herr Jenkins," sagte der Advokat jetzt, „würden Sie die goldene Kette mit der Haselnuß wiedererkennen, wenn Sie dieselbe sähen?"

„Unbedingt — jederzeit."

„So warten Sie einen Augenblick."

Der Advokat schloß seinen Schreibtisch auf, nahm aus einem Fach desselben die Kette, welche Fräulein Maitland ihm anvertraut, und legte das kleine Schmuckstück in die Hand des Zwerges. Jenkins stieß einen Ruf der Ueberraschung aus und die Haselnuß leise drehend, sagte er dann triumphirend:

„Nun — hatte ich Recht?"

In der kleinen Höhlung lag ein zusammengerolltes Papier. Herr Wapping entfaltete dasselbe hastig und erkannte sofort das aus dem Register des Gefängnisses zu Wansmore gerissene Blatt, das den Eintrag über die Geburt von Pauline Rockwald, geborne Dane, und des verstorbenen Jerome Rockwald enthielt und damals zugleich mit der Gefangenen verschwunden war.

19. Kapitel.

Vor Herrn Wappings innerem Auge stieg das strahlende Gesicht Fritz Wiltons auf; wie würde der gute Junge jubeln, wenn er erfuhr, wer Lydia Maitland war, und ein Widerschein dieses Glücks lag auf dem Gesicht des alten Herrn, als er lebhaft sagte: „Frau Jenkins, ich glaube, ich kann Ihnen die 20 000 Dollars zusprechen!"

Frau Jenkins stieß einen Freudenschrei aus, Herr Taubert aber sagte gelassen:

„Ich erhebe Einspruch!"

„Wie so — was soll das heißen?" fragte der Advokat überrascht.

„Nicht mehr und nicht weniger, als daß Frau Jenkins nicht Anspruch auf die volle Summe hat."

„Und weshalb nicht, wenns beliebt?" rief Frau Jenkins scharf.

„Weil die 20 000 Dollars für die Ermittelung von Katharina Rockwald und ihrer Tochter ausgesetzt worden sind."

„Ganz recht — wenn aber Katharina Rockwald todt ist, wie wir annehmen müssen, und ich sichere Beweise habe, daß Pauline Rockwald lebt —"

„Dann hat Frau Jenkins immer nur Anspruch auf die Hälfte der Summe, die andere Hälfte gebührt dem, der nachweisen kann, ob und wo Katharina Rockwald gestorben ist, oder ob sie noch lebt," sagte Taubert ruhig.

„Diese Beweisführung hat manches für sich," nickte Herr Wapping, während Frau Jenkins wüthend rief:

„Herr Taubert, Sie sind wirklich boshaft, Sie wollen mir meine wohlverdiente Belohnung streitig machen."

„Nein, Frau Jenkins — ich will nur Ihre Ansprüche auf das richtige Maß zurückführen," lächelte der Detektiv. „Sie haben das Kind herbeigeschafft und dafür erhalten Sie 10 000 Dollars, während ich die anderen 10 000 Dollars für die Entdeckung der Mutter in Anspruch nehme."

„Taubert, ist das Ihr Ernst?" rief der Advokat wie elektrisirt aufspringend.

„Gewiß Herr Wapping, ich werde Ihnen Katharina Rockwald, die ich gestern Abend in der Gruft von Rockwalde erkannte und bis in ihren Schlupfwinkel verfolgte, zur Stelle schaffen — gestatten Sie mir noch zuvor etliche Fragen an Herrn Jenkins."

„Fragen Sie immerhin."

„Herr Jenkins," begann Taubert ernst, „entsinnen Sie sich eines Mannes namens P. Matthias?"

„Matthias, Paul Matthias?" wiederholte Jenkins überrascht; „ei freilich — wie kommen Sie just auf diesen Mann, Herr Taubert?"

„Das sollen Sie schon erfahren; Herr Matthias verließ San Franzisko im Jahre 1859 in Gesellschaft seines Vetters, der Schaubudenbesitzer war."

„Auch das trifft zu," nickte Herr Jenkins offenbar beunruhigt.

„Matthias war leidend — infolge dessen wurde er zum Krüppel?"

„Alles stimmt auffallend."

„Und dann starb Matthias?"

„Jawohl, da Sie meinen Vetter wohl kaum gekannt haben dürften, begreife ich nicht, inwiefern sein Leben und Sterben Sie interessirt, Herr Taubert."

„Sehen wir vom Leben ab und halten uns ans Sterben. Sein Tod machte Sie, Herr Jenkins, zum Erben seiner bescheidenen fahrenden Habe, vornehmlich eines Koffers mit Kleidern."

„Und diese Kleider interessiren Sie heute — nach 20 Jahren?"

„Die Kleider weniger, wohl aber die Verwendung derselben. Sie sagten vorhin, Sie hätten Katharina Rockwald einen Koffer mit Kleidern gegeben — befand sich sonst nichts in dem Koffer?"

„Was meinen Sie damit?" fragte der Zwerg unsicher.

„Nun — Briefe und Empfehlungsschreiben zum Beispiel."

„Nun und wenn dem so war?"

„Mit welchem Recht gaben Sie Ihrem Schützling diese Schriftstücke?"

„Herr Taubert," sagte der Zwerg würdevoll, „ich bestreite Ihnen das Recht, mich einem förmlichen Verhör zu unterziehen, und ich werde Ihnen keine weiteren Fragen beantworten."

„Gut, so werde ich Ihnen sagen, was Sie gethan haben, Herr Jenkins. Sie ließen Katharina Rockwald als Paul Matthias auftreten, Sie vergaßen aber dabei, daß dem wirklichen Matthias die linke Hand fehlte. Die Persönlichkeit, welche sich heute Matthias nennt, ist eine lebendige Lüge, nicht Paul Matthias, sondern Katharina Rockwald ist es, die sich seit Jahren in diesem Hause verbirgt — Herr Wapping, zweifeln Sie noch

Als der Theilnahme des Komplotts gegen den Prinzen Ferdinand in Bulgarien verdächtig soll auch der Kommandant von Ostrumelien Nicolajew verhaftet worden sein. Ueberhaupt sind 20 bulgarische Offiziere kompromittirt. Es wird vermuthet, daß russisches Geld bei der Verschwörung eine Rolle gespielt habe.

Die Vorarbeiten zur Ausführung des deutsch-böhmischen Ausgleichs haben bereits begonnen. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht zwei Verordnungen des Justizministers Grafen Schönborn betreffend die Einsetzung einer Kommission bei dem Oberlandesgericht Prag behufs theilweiser Umgestaltung gewisser Bezirks- und Kreisgerichtssprengel, und betreffend die Besetzung der Dienststellen bei den böhmischen Gerichten.

Im ungarischen Abgeordnetenhause sind seitens der Regierung Abänderungsvorschläge zum Landwehrgesetze eingebracht worden, mit denen die Regierung den Bedenken der Opposition nach Möglichkeit entgegen kommt. Der Entwurf des Landwehrgesetzes wurde bereits vor $1^1/_2$ Jahren eingebracht, die Beschlußfassung aber wegen jener Bedenken bisher hinausgeschoben.

Die französische Regierung hat, wie es scheint, den angedrohten Kriegszug nach Dahomey wirklich beschlossen. Der Plan findet in Paris nur getheilte Zustimmung.

Zu viel Rücksicht nehmen die französischen Blätter auf die schlauen Deutschen. Das 6. französische Armeekorps hat für die künftigen Manöver die Aufgabe erhalten, unter General Miribel die Belagerung und Erstürmung der Festung Epinal durchzuführen. Der „Avenir militaire“, ein Blatt, das im allgemeinen noch am ernstesten zu nehmen ist, räth von der Vornahme dieser Uebung, bei welcher man auch den Versuch machen will, Geschütze mittels Schienen zu bewegen, dringend ab, weil die deutschen Offiziere, die im Kriegsfall ein großes Interesse an der Eroberung von Epinal hätten, ihnen, den Franzosen nämlich, bei dieser Gelegenheit etwas abgucken könnten! — Zur Beruhigung wollen wir unsern klugen Nachbarn nur mittheilen, daß wir auch ohne ihre gütige Mitwirkung Metz, Straßburg und Paris bezwungen haben und bei einer etwaigen Eroberung von Epinal gleichfalls darauf verzichten.

Die Pariser „Egalité“, ein Sozialistenblatt, welches die Judenfrage gewaltsam erledigt wissen will, ist vor die Anklagekammer des Schwurgerichtes wegen Aufreizung zu Mord und Gewaltthat verwiesen worden. Die französischen Geschworenen werden sich somit zum erstenmale mit der Judenfrage zu beschäftigen haben.

Die erste Kommission des Antisklavereikongresses hat die Maßregeln betreffend den Schutz der Karavanenstraßen und die Verhinderung des Sklaventransports zu Lande durchberathen. Ueber die Mehrzahl der nothwendigen Anordnungen wurde ein Einverständniß erzielt.

In Spanien ist der Herzog von Montpensier gestorben, der Vater der ersten Gemahlin des Königs Alfons XII. von Spanien. Im Jahre 1868 trat der Verstorbene in Spanien selbst als Thronkandidat auf.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

10. Plenarsitzung vom 5. Februar.

Bei der heute fortgesetzten zweiten Berathung des Etats wurde der Rest des Etats der indirekten Steuern ohne erhebliche Debatte genehmigt, nachdem Finanzminister Dr. v. Scholz auf Anregung des Abg. Lohren (freikons.) erklärt, daß die königliche Staatsregierung bei Aufstellung des Abgabentarifes für den neuen Oder-Spree-Kanal den Interessen des kleinen Schiffergewerbes nach Möglichkeit Rechnung tragen werde und andererseits den Wunsch des Abg. v. Schalscha, den Besitzern von zwei in demselben Orte belegenen Brennereien die Abbrennung des für beide bemessenen Gesammtkontingentes in ein und derselben Brennerei zu gestatten, als bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung aussichtslos gekennzeichnet.

Bei den Ausgaben im Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe spricht Abg. Friederichs-Remscheid (nationallib.) seine lebhafte Befriedigung über die Mehreinstellung von Mitteln zur Förderung des gewerblichen Unterrichts aus.

Die von dem Abg. Goldschmidt (freisinnig) unterstützte Forderung des Abg. Dr. Langerhans (deutschfr.), der Staat möge die im Ausstellungspark errichtete Maschinenhalle zum Zwecke der Benutzung für Fachausstellungen ankaufen, weist Geh. Oberfinanzrath Lehnert als sachlich nicht begründet nach.

Nachdem die Abgg. Dr. Friedberg und Dr. Dürre (beide nat.-lib.) dem Wunsche auf weitere Förderung der gewerblichen Mittelschule Ausdruck gegeben, ersucht

Abg. Sack (kons.) die königl. Staatsregierung, den Sonntagsunterricht in der Werkmeisterschule zu Dortmund in Fortfall zu bringen.

Geh. Ober-Reg.-Rath Lüders erwidert, daß der eigentliche Unterricht an der bezeichneten Anstalt an den Wochentagen ertheilt werde und daß es sich bei etwaigem Sonntagsunterricht nur um Fortbildungskurse handeln könne.

Abg. Eberty (deutschfreis.) weist dem Abg. Sack gegenüber darauf hin, daß in der Praxis der Sonntagsunterricht für die Fortbildungsschulen schlechterdings unentbehrlich sei und daß der etwa frei werdende Theil des Sonntags von den jungen Leuten in weit weniger nutzbringender Weise verwendet werden würde.

Abg. Ludowieg (nat.-lib.) betont die wirthschaftliche und namentlich die sozialpolitische Bedeutung der Fortbildungsschulen und äußert einige auf den Unterricht in den letzteren bezügliche Wünsche. Schließlich weist er unter Bezugnahme auf eine kammergerichtliche Entscheidung, nach welcher der Besuch der Fortbildungsschulen in das freie Ermessen der Betheiligten gestellt sei, die Nothwendigkeit nach, hier einen gesetzlichen Zwang zu schaffen.

Unterstaatssekretär Magdeburg erwidert, daß die Regierung die Bedeutsamkeit der von dem Vorredner geltend gemachten Gesichtspunkte nicht verkenne und daß, wenn sie mit dem durch das erwähnte gerichtliche Erkenntniß geschaffenem Zustande nicht auskommen sollte, sie den Weg der Gesetzgebung allerdings werde beschreiten müssen.

Geh. Ober-Regierungsrath Lüders weist darauf hin, daß auf die Festsetzung der Unterrichtszeit in den Fortbildungsschulen, welche Sache der einzelnen Gemeindeverwaltungen und der betheiligten Gewerbetreibenden sei, die Regierung keine direkte Einwirkung besitze.

Abg. Melbeck (nat.-lib.) dankt dem Ministerium, daß auf die Einrichtung von Haushaltungsschulen jetzt mehr Gewicht gelegt werde, als in früheren Jahren.

Geh. Ober-Regierungsrath Lüders erklärt, daß gegenwärtig 8 Haushaltungsschulen bestehen, wovon 3 Staatsunterstützung empfangen.

Abg. Schmelzer (nat.-lib.) ist für Beibehaltung des Sonntagsunterrichts in den Fortbildungsschulen. Ein guter Unterricht führt nicht von der Kirche ab, sondern der Kirche zu.

Abg. Pleß (Centr.): Es ist geäußert worden, daß durch Erweiterung des Unterrichtsplanes der Fortbildungsschulen die Handwerker von der Sozialdemokratie würden ferngehalten werden können. Würde in den Fortbildungsschulen noch Kulturgeschichte und Volkswirthschaft gelehrt, so läge die Gefahr nahe, daß Halbwissen noch mehr verbreitet wird, und Halbwissen macht aufgebläht und stolz. (Sehr gut!) Die Hinneigung der Handwerker zur Sozialdemokratie hat ihren Grund in der wirthschaftlichen Bedrängniß des Handwerks durch das Großkapital, durch die Aktien. Wo die Aktie eintritt, hört die freie Handarbeit auf. Besser als Fortbildungsschulen würden Handwerkerkammern helfen, die wir schon lange fordern, leider vergeblich. Auch die Konkurrenz der Strafanstalten müßte aufhören. Dabei soll allerdings die Bildung des Handwerkers nicht vernachlässigt werden; namentlich möchte ich bitten, das Augenmerk auf das gewerbliche Rechnen zu richten, das mir häufig noch vernachlässigt zu werden scheint. Jedermann — das wünschen auch wir — soll gebildet werden, gleichviel, welchem Stande er angehört. Aber das Wissen allein macht es nicht. Die Hauptsache ist die Bildung des Charakters, und diese kann allein erreicht werden durch die Pflege der Wissenschaft aller Wissenschaften, durch die Religion. (Beifall rechts und im Centrum).

Bei den Forderungen zur Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen (350 000 Mk.) macht Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) den ablehnenden Standpunkt seiner Partei geltend, welche in den betreffenden Schulen lediglich Germanisirungsanstalten erblicken könnten.

Der Titel wird bewilligt.

Abg. Broemel (deutschfreis.) giebt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß an Zuschüssen zur Unterhaltung gewerblicher Zeichen-, Baugewerk-, Webe- und anderer Fachschulen rund 237 000 Mk. mehr eingestellt worden und äußerst sodann einige Wünsche lokaler Natur.

Nachdem schließlich auch der Etat des Bureaus des Staatsministeriums ohne Debatte bewilligt worden, wurde die nächste Sitzung auf Donnerstag vormittags 11 Uhr anberaumt. (Antrag Broemel, betr. die Reform der Personen-, Gepäck- und Gütertarife und Eisenbahnetat).

Deutsches Reich.

Berlin, 5. Februar 1890.

— Se. Majestät der Kaiser besuchte heute Vormittag das Atelier des Bildhauers Professor Begas, um daselbst ein Modell des Kaiser Wilhelm-Denkmals in Augenschein zu nehmen.

— Die Besserung in dem Befinden der Königin Carola von Sachsen macht, wie das „Dresdener Journal“ meldet, erfreuliche Fortschritte. Die Königin bringt täglich einige Stunden außer Bett zu. Der Husten ist mäßig: die Kräfte haben sichtlich zugenommen.

— Hinsichtlich der aus London kommenden Meldung, daß die Königin Viktoria die Absicht, nach Homburg zu reisen, aufgegeben habe und demnächst nach Aix les bains gehen werde, ist zu bemerken, daß im königlichen Schlosse im Bad Homburg von einer Aenderung im Reiseplan der Königin nichts bekannt ist.

— Der Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung zu Berlin, welcher mit der Vorbereitung der Wahl des Oberbürgermeisters beauftragt ist, hat einstimmig beschlossen, der Versammlung die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Dr. von Forckenbeck mit seinem derzeitigen Diensteinkommen zu empfehlen. Da nach einer früheren Verordnung des Ministers des Innern nicht nur bei Neuwahlen von besoldeten Magistratsmitgliedern, sondern auch im Falle der Wiederwahl das mit der Stelle verbundene Gehalt vor der Wahl von dem Oberpräsidenten genehmigt werden muß, so schlägt der Ausschuß gleichzeitig vor, im Falle der Nichtwiederwahl des Herrn von Forckenbeck das Anfangsgehalt für die Stelle auf 24 000 Mark einschl. Miethsentschädigung festzustellen.

— Der Gesetzentwurf über Einführung gewerblicher Schiedsgerichte ist auch in zweiter Lesung in den Bundesrathsausschüssen durchberathen worden. Man wird sich erinnern, daß die von den Ausschüssen eingesetzte Subkommission zur Vorbereitung der Angelegenheit einen neuen Entwurf ausgearbeitet hatte. Dem Vernehmen nach hat derselbe in den wesentlichsten Punkten die Zustimmung der Ausschüsse gefunden. Die Beschlüsse der letzteren werden demnächst an das Plenum gelangen. Es ist die ausgesprochene Absicht, diese Angelegenheit in der ersten Session des neuen Reichstages zur Erledigung zu bringen.

— Im Abgeordnetenhause ist ein Antrag von nationalliberaler, freikonservativer und konservativer Seite auf die Beseitigung der fiskalischen Brückenzölle eingegangen.

— Für den Reichstagswahlkreis Bomst-Meseritz wird, der „Frankf. Oder-Ztg.“ zufolge, der bisherige freikonservative Vertreter, Frhr. von Unruhe-Bomst, als Kandidat aufgestellt werden, und gilt dessen Wiederwahl als gesichert.

— Durch die Zeitungen geht die noch nicht bestätigte Mittheilung, daß zur Uniformirung der Offiziere sämmtlicher Waffengattungen im sogenannten kleinen Dienst während der wärmeren Jahreszeit ein weißer Waffenrock (mit den entsprechenden weißen, beziehungsweise gelben Knöpfen) im Laufe dieses Jahres neu eingeführt werden soll.

— Die heute stattgehabte Sitzung des unter Führung der Seehandlung stehenden Konsortiums beschloß, 129 Millionen deutsche $3^1/_2$prozentige Reichsanleihe am 14. Februar zur Subskription zu bringen.

München, 4. Februar. Die vier Münchener Parteien, das Centrum, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten, sind übereingekommen, die Wahlzettel in Papier, Farbe, Größe und Druck völlig gleich zu gestalten, damit das Wahlgeheimniß ganz gewahrt werde.

Straßburg i. E., 4. Februar. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses fand die erste Lesung des Etats statt. Unterstaatssekretär v. Schraut gab im einzelnen eine Darlegung der günstigen Finanzlage, wies auf den hochbefriedigenden, theilweise glänzenden Stand der Industrie hin und gab dem Wunsche Ausdruck, daß in der gegenwärtigen Tagung eine Verständigung über die Kanalfrage erreicht werden möchte. Inbezug auf die Erhöhung der Beamtenbesoldung werde das Reichsland dem Vorgehen im Reiche und in Preußen folgen. Die Abgeordneten Dr. Petri, Baron Zorn v. Bulach (Sohn) und andere besprachen den Etat und richteten an die Regierung Anfragen wegen des Paßzwanges. Unterstaatssekretär von Köller antwortete, die Paßmaßregel sei allerdings eine harte, aber nothwendige; sie werde jedoch mit möglichster Milde ausgeführt. Der Staatssekretär warnte vor Uebertreibungen in den Klagen über Härte, welche nur schaden könnten, und protestirte auf das bestimmteste gegen allgemein gehaltene Beschwerden über die Beamten ohne Nennung von Namen; er sei gern bereit, jede gerechtfertigte Klage entgegenzunehmen.

Ausland.

Wien, 5. Februar. Kaiser Franz Josef verlängerte die Hoftrauer für Mitglieder der kaiserl. Familie um 6 Wochen.

Petersburg, 5. Februar. Der für das Jahr 1892 geplante internationale Eisenbahnkongreß in Petersburg ist von der Regierung genehmigt worden.

Petersburg, 5. Februar. Demnächst erfolgt die Ersetzung der Dorpater theologischen Fakultät durch eine protestantische geistliche Akademie in Petersburg.

Paris, 4. Februar. Der Präsident Carnot stattete gestern dem Großfürsten Nikolaus auf der russischen Botschaft nachmittags einen Besuch ab. — In der gestrigen Sitzung der „Nationalen Gesellschaft zur Beförderung des Ackerbaus“ besprach, dem Temps zufolge, der Präsident Foucher die Erneuerung der Handelsverträge im Jahre 1892 und betonte, der Artikel 11 des Frankfurter Vertrages könne bei richtiger Anwendung zum Schutze Frankreichs dienen.

---

an der Wahrheit meiner Behauptung?“ schloß der Detektiv mit erhobener Stimme, indem er zugleich die ins Nebenzimmer führende Thür aufstieß und auf die jämmerliche Gestalt wies, die dort in den Kissen, das Gesicht mit den mageren Händen bedeckt, bitterlich schluchzte —

„Taubert, ich glaube, Sie haben den Verstand verloren,“ rief Herr Wapping ärgerlich, „lassen Sie doch den armen Matthias in Ruhe!“

„Sogleich, zuvor will ich Ihnen aber beweisen, daß ich sehr wohl weiß, was ich behaupte,“ versetzte der Detektiv, indem er mit festem Griff Perücke und Brille vom Haupte der keinen Widerstand leistenden Gestalt auf dem Sopha riß und sich dann an der sprachlosen Bestürzung des Advokaten weidete.

Matthias, oder wie wir sie jetzt nennen dürfen, Katharina Rockwald, machte einen schwachen Versuch, sich zu erheben, aber die furchtbare Aufregung war zu mächtig für den durch jahrelange Entbehrungen, Leiden und Kämpfe aller Art erschütterten Körper der Unglücklichen gewesen, und leise stöhnend sank sie in todtenähnlicher Ohnmacht zurück.

„Sie haben ihn getödtet, Taubert,“ rief Herr Wapping entsetzt, indem er die Unglückliche aufzurichten bemüht war und ihre kalten Hände rieb.

„Herr Wapping, so begreifen Sie doch, daß es eine Frau, die jahrelang gesuchte Katharina Rockwald ist, die Sie vor sich sehen,“ sagte Taubert, indem er eine kleine, mit Cognac gefüllte Flasche aus seiner Brusttasche zog und der Bewußtlosen einige Tropfen des belebenden Getränks einflößte. Sodann wandte er sich zu dem wie versteinert dastehenden Ehepaar Jenkins und rief:

„Jenkins, laufen Sie rasch nach einem Arzt und Sie, Frau Jenkins, helfen Sie mir!“

Der Zwerg schoß davon, während Frau Sarah auf Anordnung des Detektivs kaltes Wasser beschaffte und die Stirn und die Schläfe der noch immer Regungslosen mit Wasser besprengte.

Endlich, nach einer bangen Viertelstunde schlug Katharina die Augen auf, und die Hände ringend, murmelte sie mit gebrochener Stimme:

„Also doch gefangen, alles, alles umsonst!“

„Nicht gefangen, Katharina — gefunden,“ entgegnete Herr Wapping tief erschüttert; „Ihre Unschuld ist erwiesen — Ihr guter Name wird wieder hergestellt werden und Ihr Kind lebt!“

„Mein Kind, mein armes, liebes verlassenes Kind, wo ist es, warum darf ich's nicht sehen?“

„Sie sollen es sehen, sobald als möglich, weiß ich doch erst seit dieser Stunde, daß es noch lebt!“

„Lassen Sie es mich bald sehen,“ stammelte Katharina leise, „sonst möchte es zu spät sein,“ setzte sie bitter lächelnd hinzu.

Der Eintritt des Zwerges in Begleitung eines Arztes unterbrach die peinliche Szene. Der Arzt untersuchte die Leidende, die bald wieder in Bewußtlosigkeit verfiel, ordnete das nöthigste an und bettete mit Hilfe Frau Sarahs die Kranke in dem auf demselben Korridor gelegenen Schlafzimmer Herrn Wappings auf dessen eigenem Lager. Nach Anwendung eines Stärkungsmittels erlangte Katharina endlich das Bewußtsein wieder; der Arzt erklärte dem Advokaten, der ihn um seine Meinung über den Zustand der Kranken befragte, er halte denselben für höchst kritisch und es sei kaum anzunehmen, daß das schon ziemlich weit vorgeschrittene Lungenleiden eine merkliche Besserung, geschweige denn Genesung erfahren werde. Der Körper der Kranken sei durch Entbehrungen aller Art geschwächt und der Blutsturz habe ihre Kräfte in bedenklicher Weise gemindert; es sei indes nicht ausgeschlossen, daß sorgsame Pflege und der Aufenthalt in einem südlichen Klima wenn auch nicht Heilung, so doch einen Stillstand herbeiführen könnten.

Herr Wapping nickte schweigend, und während der Arzt Frau Jenkins, die sich als geschickte Krankenwärterin zeigte, Verhaltungsmaßregeln gab, setzte der Advokat ein Telegramm an Lilly Maitland auf, welches Jenkins sofort beförderte. Das Telegramm lautete folgendermaßen:

„Bitte sofort Richmond kommen — Mutter gefunden, aber schwer krank. Wapping.“

20. Kapitel.

Herr Fritz Wilton hatte sich seinerseit nicht verpflichtet gefühlt, seinem Vater mitzutheilen, daß Lilly Maitland die Stadt verlassen habe, und so kam es, daß Herr Wilton sen. an seinem Plan, den Sohn auf Reisen zu schicken, festhielt, und gerade an dem Tage, an welchem der Depeschenwechsel zwischen Lilly und Fritz inbezug auf Jenkins stattgefunden, hatte der junge Mann von seinem Vater die Weisung erhalten, gleich am nächsten Morgen eine kleine Reise zur Anknüpfung einer neuen Geschäftsverbindung anzutreten. Fritz war sofort dazu bereit und seine Bereitwilligkeit wurde glänzend belohnt, denn das ihm bezeichnete Reiseziel war seltsamerweise Old-Point-Comfort! Selbstverständlich hatte der würdige Handelsherr Wilton sen. keine Ahnung davon, daß die junge Dame, welche er als so gefahrdrohend für seinen Sohn erachtete, sich gerade in Old-Point-Comfort befand, und wie wir ihn kennen gelernt, ist anzunehmen, daß er unbedingt auf die Anknüpfung der fraglichen Geschäftsverbindung verzichtet haben würde, wenn ihm dieser bedenkliche Umstand bekannt gewesen wäre. So fuhr denn Fritz, mit einem Empfehlungsbrief seines Vaters versehen, seelenvergnügt ab. Als tüchtiger Geschäftsmann erledigte er zuerst seinen Auftrag und nachdem er dem Vater gemeldet, daß der Kaufmann, an welchen er ihn gewiesen, ihn gebeten habe, sichs für einige Tage in Old-Point-Comfort gefallen zu lassen, welchem Vorschlag er Folge zu leisten gedenke, widmete er sich der nicht minder lohnenden Aufgabe, Fräulein Pattersons Gesellschafterin auf Schritt und Tritt zu begleiten, wenn diese junge Dame sich in Gesellschaft Fidos am Strande erging. Glücklicherweise war Fräulein Patterson durch eine heftige Erkältung ans Zimmer gefesselt und so kam es, daß Lilly sehr viel allein mit Fido ausgehen mußte, damit das liebe arme Thier doch wenigstens die Strandluft genießen könne, wie Fidos Herrin in liebender Fürsorge für ihren Kläffer sich äußerte.

(Schluß folgt.)

London, 5. Februar. Auf die Anordnung der Dockarbeiterunion hin, welche den Unionsmitgliedern die Waarenüberlieferung an die der Union nicht angehörigen Fuhrleute untersagt, beschlossen die Eigenthümer der Docks, Werften und Magazine, alle dieser Anordnung Folge leistenden Arbeiter zu entlassen und einen Verein behufs Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen zu bilden.

Washington, 5. Februar. Der Senat ratifizirte den Samoavertrag.

Provinzial-Nachrichten

* **Schönsee**, 4. Februar. (Zur Reichstagswahl). Am Sonntag fand hier eine polnische Wählerversammlung statt, welche von etwa 300 Personen besucht war. Die Versammlung wurde vom Herrn Ossowski-Gajewo eröffnet, worauf Herr von Sczaniecki-Nawra den Kandidaten der Partei, Herrn Ludwig von Slaski-Trzebcz vorstellte. Am Schlusse seiner Kandidatenrede, die hierauf Herr von Slaski hielt, wurde ihm von der Versammlung ein Hoch dargebracht.

Aus der Tucheler Heide, 2. Februar. (Durchgängerinnen). Die 18- resp. 16jährigen Töchter des Butterhändlers Schymanski in Bresin, zwei sehr lebenslustige junge Damen, sind vor einigen Tagen mit der aus 90 Thalern bestehenden Baarschaft ihres Vaters verschwunden und haben trotz eifrigster Nachforschungen noch nicht ermittelt werden können. Da der besorgte Vater annimmt, daß die ungerathenen Mädchen unter Annahme falscher Namen (die eine nannte sich schon öfter Martha Jalkowska) irgendwo auftreten, so bittet er öffentlich alle, welche von dem Aufenthalt der beiden Mädchen Kenntniß erhalten sollten, ihm davon Mittheilung zu machen.

Braunsberg, 4. Februar. (Brauereidividende). Die hiesige Bergschlößchen-Aktienbrauerei bringt für das Rechnungsjahr 1889 eine Dividende von 25 Proz. zur Vertheilung.

Tilsit, 5. Februar. (Hinrichtung). Heute früh ist im hiesigen Gerichtsgefängnißhofe durch den Scharfrichter Reindel aus Magdeburg die am 5. Oktober v. J. zum Tode verurtheilte Elske Weber aus Oschnaggern mittels des Beiles enthauptet worden. Ihr Ehemann Gottlieb Weber, ebenfalls zum Tode verurtheilt, hat durch Erhängen im Gefängniß seinem Leben ein Ende gemacht. In den Straßen der Stadt Tilsit wurde heute seitens der Staatsanwaltschaft folgende Bekanntmachung veröffentlicht: Die durch vollstreckbar gewordenes Urtheil des königlichen Schwurgerichts hierselbst vom 5. Oktober 1889 wegen Mordes, begangen im März 1888 in Gemeinschaft mit ihrem inzwischen verstorbenen Ehemann, Besitzer Gottlieb Weber aus Oschnaggern, gegen die frühere Ehefrau desselben, die Besitzerfrau Emilie Weber, geb. Scheidler, aus Oschnaggern, zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilte Wittwe des Besitzers Weber, Elske, geb. Hinz, aus Oschnaggern, Kreis Ragnit, ist in Vollziehung der erkannten Todesstrafe heute früh 8 Uhr im Hofe des hiesigen Gerichtsgefängnisses mittels des Beiles enthauptet worden. Solches wird in Gemäßheit des § 549 der preußischen Kriminalordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Tilsit den 5. Februar 1890. Der Erste Staatsanwalt.

Gumbinnen, 3. Februar. (Selbstmord). Gestern früh erschoß sich, wie der „Insterburger Zeitung" von hier geschrieben wird, ein Stabsoffizier vom hiesigen Füsilierregiment, welcher in sehr günstigen Verhältnissen lebte, aber bereits seit längerer Zeit ein schweres Leiden zu tragen hatte, das ihn wahrscheinlich auch in den Tod getrieben hat.

Schneidemühl, 4. Februar. (Wie weit die Frechheit und Rohheit der Holzdiebe) geht, beweist folgende That, die sie bei Runau, nicht allzu weit von Schneidemühl, verübt haben. Es wurde nämlich vor kurzer Zeit ein Revierförster im Walde an einem Baum angebunden aufgefunden und aus seiner schrecklichen Lage erlöst, nachdem er in dieser Stellung zwei Tage und eine Nacht geschmachtet hatte. Die Thäter sind noch nicht ermittelt.

Gnesen, 4. Februar. (Ein Giftmordprozeß) wird voraussichtlich in unserer Stadt zur gerichtlichen Verhandlung kommen. Am 13. September 1889 starb hier nach achttägiger Krankheit der Restaurateur Mibus. Gleich nach dem Tode desselben wurden Gerüchte laut, daß die Ehefrau Mibus, welche mit dem Weichensteller Karpinski ein unerlaubtes Verhältniß unterhielt, ihren Ehemann vergiftet und daß der genannte K. ihr bei dem Verbrechen Beihilfe geleistet habe. Die Mibus und der Karpinski wurden alsbald gefänglich eingezogen, die Leiche des Mibus wurde ausgegraben und sezirt. Mehrere Leichentheile wurden darauf an den gerichtlichen Sachverständigen Dr. Jeserich nach Berlin gesandt. Heute ist nun ein Gutachten des Herrn Dr. Jeserich hierselbst eingegangen, nach welchem der Verstorbene mit Arsenik vergiftet worden ist. (Ges.)

Bromberg, 4. Februar. (Konflikt). Unter einem großen Theile der Stadtverordneten herrscht über einen Vorfall, der sich am Sonnabend auf dem Magistrate abspielte, große Mißstimmung. Der Vorsitzende der Etatsberathungskommission hatte die Mitglieder derselben zu einer Sitzung in das zu diesem Zwecke bestimmte Kommissionszimmer eingeladen. Als man bereits in die Berathung eingetreten war, erschien Oberbürgermeister Bachmann und erklärte, daß er das Kommissionszimmer für eine Sitzung der Schuldeputation in Anspruch nehmen müsse. Es kam nun zwar zur Erörterung, die aber nur zu dem Ergebniß führte, daß die Mitglieder der Etatskommission, nachdem der Vorsitzende die Sitzung aufgehoben hatte, das Zimmer räumten. Die Angelegenheit wird jedenfalls am nächsten Donnerstag die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Bekanntlich ist der Oberbürgermeister bei der jüngsten Wahl eines Stadtoberhauptes nicht wiedergewählt worden. (E. Ztg.)

Lokales.

Thorn, 6. Februar 1890.

— (Wahlbezirke.) Zur Reichstagswahl ist die Stadt Thorn in 9 Wahlbezirke eingetheilt, welche aus der Bekanntmachung des Magistrats in der heutigen Nummer unserer Zeitung ersichtlich sind.

— (Zur Reichstagswahl.) Die hiesigen Freisinnigen haben in der Person des Herrn Landgerichtsrath a. D., Stadtrath Rudies, den Kandidaten für die bevorstehende Wahl zum Reichstage ausersehen. Die gestrige freisinnige Wählerversammlung im Lokale des Herrn Nicolai, die dieses Ergebniß zu Tage förderte, hat damit dargelegt, daß der Freisinn in unserm Wahlkreise die Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, wieder zur Herrschaft zu gelangen. Die Anhänger der deutsch-nationalen Sache werden nunmehr eine rührige Wirksamkeit im ganzen Wahlkreise zu entfalten haben, um durch den Ausfall der Wahl beweisen zu können, wie wenig diese Hoffnung auf Verwirklichung rechnen darf. — Die erwähnte Versammlung war von ca. 80 Personen besucht und wurde von dem Vorsitzenden des Wahlvereins, Herrn Kaufmann und Stadtrath Schirmer eröffnet. Nachdem die erfolgte Diskussion über die Kandidatenfrage obiges Resultat ergeben, erklärte sich Herr Rudies bereit, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen. Hierauf wurde die Art und Weise der Wahlagitation, in welche unverzüglich eingetreten werden soll, von verschiedenen Rednern erörtert. Am Sonntag den 16. d. Mts. vormittags 11 Uhr soll im Viktoriasaale eine Versammlung der freisinnigen Vertrauensmänner der Stadt Thorn und von Mocker stattfinden. Herr Kaufmann K. Adolph empfahl hierbei, die Vertrauensmänner frühzeitig mit den Wahlzetteln zu versehen. Von Herrn Kaufmann Paul Engler wurde noch beantragt, daß im Hinblick darauf, daß während der letzten drei Jahre keine Versammlung des Wahlvereins einberufen sei, in Zukunft vierteljährlich eine solche stattfinden solle. Der Schluß der Versammlung, welche ca. 1½ Stunde dauerte, erfolgte um ½10 Uhr.

— (Neuordnung der Fahrpläne). Nachdem schon im vergangenen Jahre die Schnellzugverbindungen zwischen Berlin und dem Osten, insbesondere mit Ost- und Westpreußen, durch Einlegung neuer besonders beschleunigter Züge zwischen Schneidemühl und Königsberg eine wesentliche Verbesserung erfahren hatten, wird demnächst eine umfassendere Neuordnung der Fahrpläne des Direktionsbezirks Bromberg ins Leben treten. Der betreffende Entwurf hat, wie die „N. A. Ztg." mittheilt, in dem Bezirkseisenbahnrath von allen Seiten die lebhafteste Anerkennung gefunden und insbesondere den Vertretern von Memel, Tilsit, Insterburg, Königsberg, Danzig, Thorn und Bromberg Anlaß gegeben, der Staatseisenbahnverwaltung den wärmsten Dank für die geplanten erheblichen Verbesserungen auszusprechen.

— (Zur Vereinigung der beiden westpreußischen Pestalozzivereine) mit den Vororten Danzig und Elbing sind in einer Versammlung zu Marienburg, welcher allerdings Vertreter des Elbinger Vereins nicht beiwohnten, folgende Vereinbarungen getroffen worden: Die Provinz wird in vier Bezirke eingetheilt, welche sich nach Kreisen etwa um die Städte Danzig, Elbing, Thorn und Konitz gruppiren. Jeder Bezirk hat seine Bezirkskasse und wählt sich seinen Bezirksvorsteher, welcher Mitglied des Gesammtvorstandes ist. Derselbe besteht aus elf Personen, von denen mindestens drei dem Provinzialverbande angehören müssen. Außer den Bezirksvorstehern besteht der Vorstand aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, zwei Revisoren und einem Schatzmeister. Die Einnahmen werden gleichmäßig über die ganze Provinz vertheilt. Die gegenwärtigen Kapitalien der beiden Vereine bleiben in der Verwaltung der Bezirksvorsteher in Elbing und Danzig, als Garantiefonds für die Unterstützung der Waisen oder Wittwen beider Vereine. Elbing soll den ersten Vorsitzenden, ersten Schriftführer, mit dem Bezirksvorsteher also drei Vorstandsmitglieder haben. Die Hauptbestimmungen des neuen Statuts sollen folgende sein: Der Verein unterstützt Wittwen und Ganzwaisen. Er ist Rechtsverein. Der Beitrag soll vierteljährlich 2 Mark, für unverheirathete Lehrer 1 Mk. betragen.

— (Coppernikusverein.) In der Versammlung des Coppernikusvereins vom 3. d. Mts. wurden die zur Feier des Jahresfestes am 19. d. Mts. getroffenen Anordnungen mitgetheilt. Den Festvortrag hat Herr Sanitätsrath Dr. Lindau übernommen. Die Kommission zur Ermittelung und Katalogisirung der Alterthümer und Inschriften von Thorn hat sich konstituirt und ihren Arbeitsplan entworfen. Im März d. Js. soll eine Generalversammlung berufen werden zur Beschlußnahme über die Anträge, welche das Kuratorium der Jungfrauenstiftung auf Aenderung der Statuten derselben gestellt hat. — Auf Grund eines Anschreibens des Magistrats wurde beschlossen, mit den Vertretern desselben in Verbindung zu treten inbetreff der Betheiligung des Vereins an der Ausschmückung des Artushofes. — Die Jahresrechnungen des Vereins und der Stipendiumstiftung wurden vorgelegt und entlastet. — Den Vortrag hielt Herr Erster Bürgermeister Bender über die Entstehung des Vogelschießens, verbunden mit Mittheilungen aus der Geschichte der Thorner Schützenbrüderschaft.

— (Abiturientenprüfung.) Nächsten Montag beginnt am königlichen Gymnasium und am Realgymnasium die schriftliche Abiturientenprüfung. Zu derselben haben sich 8 Oberprimaner des Gymnasiums und 1 Oberprimaner des Realgymnasiums gemeldet. Außerdem ist der Prüfungskommission ein Extraneus zur Ableistung der Prüfung überwiesen.

— (Zum Paderewski-Konzert). Im ersten philharmonischen Konzert zu Hamburg, gegeben am 25. Oktober v. J., wirkte Herr Paderewski mit. Der „Hamburger Korrespondent" schreibt über den Künstler u. a. folgendes: „Seine Technik ist eine ganz außergewöhnliche, der Anschlag ein bei aller Kraft doch weicher, sympathischer, in seinem ganzen Spiel spricht sich eine gewisse leidenschaftliche Energie aus. Die Wiedergabe des C-moll-Konzerts von Saint-Saëns war eine technisch so vollkommene, der Vortrag ein von solch seelischer Leidenschaft in den energischen wie zarten Stellen durchglühter, daß man dem jungen Künstler die aufrichtige Bewunderung für seine eminente Leistung nicht versagen kann. Herr Paderewski gehört zu jenen Pianisten, die uns auch dann zu fesseln wissen, wenn wir ihnen nicht auf all ihren Wegen folgen können, es ist eben eine künstlerische Individualität von durchaus originellem Habitus. Lebhafter Beifall und wiederholte Hervorrufe wurden dem Künstler zu theil."

— (Der Lehrerverein) hält Sonnabend den 8. d. M., 7 Uhr abends, in Arenz Pavillon eine Sitzung ab. Zahlreicher Besuch derselben ist erwünscht.

— (Turnverein). Die nächste Turnfahrt findet am Sonntag den 9. Februar statt. Dieselbe geht nach Leibitsch. Abmarsch um 2 Uhr nachmittags vom Katharinenthor, Wiederankunft in Thorn gegen 9 Uhr abends. Um die Einförmigkeit des Weges weniger fühlbar zu machen, wird der Hinweg über Zlotterie genommen. Freunde des Wanderns können, auch wenn sie dem Verein nicht angehören, an der Turnfahrt theilnehmen.

— (Gesangverein). Eine stattliche Anzahl von Bewohnern der Bromberger Vorstadt hatte sich gestern Abend in Tivoli versammelt, um die Statuten des am 31. Januar cr. gegründeten „Männergesangvereins der Bromberger Vorstadt zu Thorn" zu berathen und sich zu konstituiren. Der Vorstand besteht aus den Herren Lohmeyer Vorsitzender, Froelich Stellvertreter, A. Wardacki Schriftführer und Rendant, Rogozinski II Notenwart, Himmer und Witt Beisitzer. Die Gesangsübungen sollen jeden Mittwoch abends 8 Uhr in Tivoli stattfinden. Bis jetzt haben 46 Herren durch Unterzeichnung der Statuten ihren Beitritt erklärt.

— (Polizeibericht). In polizeilichen Gewahrsam wurden 9 Personen genommen. — Die Arbeitsburschen Moritz Molenda, Anton Karaszewski, Paul Ortschwager, Kaspar Michaleck und noch zwei andere halbwüchsige Burschen verübten in den letzten beiden Wochen bedeutende Gelegenheitsdiebstähle. So stahlen sie aus dem Geschäft von Leopold Hey zwei Kisten Feigen, aus einer Cigarrenhandlung mehrere Stöcke, aus einer Viktualienhandlung zwei Mandeln Eier, dem Konditor Wiese eine große Anzahl Bierflaschen. Ihr Nachtlager schlugen sie am Pilz an der Bromberger Straße auf. Bei einer Razzia wurden die Burschen bis auf zwei, auf welche noch gefahndet wird, ergriffen und zur Haft gebracht. — Ein Arbeiter erhielt den Auftrag, aus einem Weingeschäft eine Anzahl Flaschen Wein auf einem Handwagen nach der Bromberger Vorstadt zu befördern. Am Pilz angekommen, ersuchte er den dort umherlungernden Arbeiter Karaszewski, ihm den Wagen schieben zu helfen. Dies that K. auch und benutzte dann die Gelegenheit, als der andere in ein Haus trat, 4 Flaschen Wein zu entwenden. Er wurde alsbald verhaftet.

— (Gefunden) wurde ein Portemonnaie mit 30 Pfennig Inhalt und zwei Coaksmarken auf dem Altstädt. Markt. Näheres im Polizeisekretariat.

— (Von der Weichsel). Der heutige Wasserstand am Windepegel betrug mittags 2,20 Meter über Null. — Das Wasser fällt weiter. Der Eisgang ist unverändert wie gestern.

— (Für Olga Scheffler) sind von Herrn Premierlieutenant B. eingegangen 2 Mark.

— (Erledigte Pfarrstellen). Drengfurth (Diözese Rastenburg), Pfarrstelle königlichen Patronats, kommt zum 1. April d. J. zur Erledigung. Einkommen neben Wohnung ca. 4800 Mk., wovon jedoch bis einschl. 1898 jährlich 1320 Mk. als Pfründeabgabe an den Pensionsfonds der evangelischen Landeskirche zu entrichten sind. Gesammtseelenzahl der Parochie ca. 5870; 10 Schulen mit 15 Lehrern. Die Wahl des Nachfolgers geschieht durch die vereinigten Gemeindeorgane der Gemeinde Drengfurth. Bewerber um die Stelle müssen mindestens mit Ablauf der Pfründeabgabezeit ein Dienstalter von 10 Jahren erreichen. Erledigt ist ferner Landsberg (Diözese Pr. Eylau), Pfarrstelle privaten Patronats (Reichsgraf von Schwerin auf Wildenhoff). Einkommen neben Wohnung ca. 4350 Mk. Gesammtseelenzahl der Parochie ca. 4950; 6 Schulen mit 14 Lehrern. Die Gnadenzeit für die Hinterbliebenen läuft bis einschl. Juni d. J. Ordinirt sind Gustav Friedrich Büchler als Hilfsprediger in Rastenburg, Franz Albert Max Kehler als Pfarrverweser in Pillau, Martin Julius Otto Robatzek als Hilfsprediger in Königsberg.

Mannigfaltiges.

(Die kaiserlichen Prinzen) sollen, wie in Hannover mit Bestimmtheit verlautet, daselbst im Kaiser Wilhelm-Gymnasium, einer sehr bewährten Anstalt, ihre Ausbildung erhalten. Der Direktor des Gymnasiums ist der bekannte Pädagog Dr. Wachsmuth. Fast alle Lehrer der Anstalt sind Altpreußen. Außer dem Kaiser Wilhelm-Gymnasium giebt es in Hannover noch das Lyceum, welches jedoch als specifisch welfische Anstalt gilt.

(Ungeheure Heiterkeit) erregt in Potsdam das folgende Vorkommniß. Bei einer dortigen Behörde wurde der Kanzleidiener K. beschäftigt, welcher aber schon seit Jahren sehr oft des Guten zu viel that und dann allerlei Dummheiten machte. K. richtete nun dieser Tage an den Kaiser das absonderliche Bittgesuch, ihm eine Anstellung in Konstantinopel zu verschaffen und dahin zu wirken, daß seine Tochter Martha, die ein sehr schönes Mädchen sei, in den Harem des Sultans aufgenommen würde. Dieses Gesuch wurde nun aus dem Civilkabinet des Kaisers an die Potsdamer Polizeibehörde mit dem Auftrage, K. auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, gesandt. Der Kreisphysikus erhielt infolge dessen den Auftrag, K. zu untersuchen und begab sich zu diesem Zweck in dessen Wohnung, wo er dem Mann eröffnete, er sei infolge seines Gesuchs an den Kaiser beauftragt, ihn zu prüfen, ob er für einen Posten in der Türkei körperlich und geistig intakt sei. Im Laufe des Gesprächs mit K. gewann nun der Kreisphysikus die Ueberzeugung, daß es bei demselben im Oberstübchen nicht recht in Ordnung sei, und deshalb stellte er dem Mann ein Attest aus, das er versiegelte, sodann K. mit dem Auftrage übergab, dasselbe im städtischen Krankenhause abzugeben und auf Antwort zu warten. K. machte sich alsbald auf den Weg nach dem städtischen Krankenhause, suchte aber zuvor noch ein Restaurant auf, woselbst er gute Freunde traf und sich festkneipte. Als er später gehen wollte, ließ man ihn nicht fort, und ein anwesender Schneidermeister erklärte sich bereit, den Brief im Krankenhause abzugeben, da er ja doch dort vorüberginge. Als nun der Mann im Krankenhause den Brief abgab, wurde er sofort festgenommen, denn das Attest besagte nichts anderes, als daß K. im Krankenhause längere Zeit auf seinen Geisteszustand untersucht werden solle. Vergeblich war daher das Protestiren des Schneidermeisters, er wurde dadurch erst recht für verrückt gehalten und in die Isolirzelle gesperrt. Dort mußte derselbe mehrere Stunden verbleiben; dann erst, als der Kanzleidiener K. wieder im Bureau erschien, klärte sich der Irrthum auf, weil seine von dem Vorfall in Kenntniß gesetzten Vorgesetzten sehr erstaunt waren, K. wieder zu sehen. K. wurde hierauf auf andere Weise nach dem Krankenhause gebracht.

(Ein Plebiszit in aller Form) hat in Eisenach stattgefunden. Es handelte sich um die Verlängerung der Amtsdauer des Oberbürgermeisters Dr. Encken. Derselbe ist 1885 auf 6 Jahre gewählt worden. Nun hat aber vor Ablauf der Wahlzeit der Gemeinderath beschlossen, die Bürgerschaft zu befragen, ob jetzt schon die Amtsdauer des Oberbürgermeisters auf weitere 6 Jahre, also bis 1897, verlängert werden soll. Eine solche Befragung ist nach der Gemeindeordnung zulässig. Bei einer solchen wird nur mit ja oder nein abgestimmt. In zwei Wahlterminen erschienen von etwa 2200 Stimmberechtigten über 1400 und es stimmten von denselben 1093 mit ja und 313 mit nein. Herr Encken ist hiernach auf weitere 6 Jahre als Oberbürgermeister bestätigt.

(Russische Bahnen.) Wie aus Petersburg berichtet wird, hat das Ministerkomitee es für nothwendig befunden, in kürzester Zeit zur Erbauung einer Eisenbahn vom Ostufer des Baikait bis Sretensk an der Schilka zu schreiten.

(Zugzusammenstoß.) Auf der Moskau-Kursker Eisenbahn fand ein Zusammenstoß zweier Züge statt, wobei viele Passagiere schwer verwundet worden sind.

(Gefahrvolle Ueberfahrt.) Der am Dienstag in New-York angekommene Dampfer der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrtaktiengesellschaft „Gellert" hat eine sehr stürmische Ueberfahrt gehabt und war in Gefahr unterzugehen. Am 29. Januar mittags kollidirte das Schiff mit einem Eisberge und erlitt zwei Stöße. Die Passagiere verlangten eine Untersuchung, welche ergab, daß in den Verschlag zwei große Löcher gestoßen waren. Sonst war das Schiff unversehrt und kam glücklich in New-York an, nachdem es noch 20 Eisberge passirt hatte.

Verantwortlich für die Redaktion: Paul Dombrowski in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	6. Feb.	5. Feb.
Tendenz der Fondsbörse: ruhig.		
Russische Banknoten p. Kassa	222—20	223—60
Wechsel auf Warschau kurz	221—90	223—25
Deutsche Reichsanleihe 3½ %	103—	103—
Polnische Pfandbriefe 5 %	66—40	66—70
Polnische Liquidationspfandbriefe	61—	60—
Westpreußische Pfandbriefe 3½ %	100—50	100—60
Diskonto Kommandit Antheile	247—	247—70
Oesterreichische Banknoten	172—75	173—
Weizen gelber: April-Mai	202—25	202—75
Juni-Juli	200—25	200—50
loko in Newyork	87—	86—60
Roggen: loko	174—	175—
April-Mai	173—70	174—50
Mai-Juni	173—	173—50
Juni-Juli	172—50	173—
Rüböl: April-Mai	64—40	64—
September-Oktober	60--	60—
Spiritus:		
50er loko	53—40	53—40
70er loko	33—90	33—90
70er Februar	33—40	33—40
70er April-Mai	33—60	33—70

Diskont 5 pCt., Lombardzinsfuß 5 pCt. resp. 6 pCt.

Königsberg, 5. Februar. Spiritusbericht. Pro 10 000 Liter pCt. ohne Faß behauptet. Zufuhr 30 000 Liter. Gekündigt 10 000 Liter. Loko kontingentirt 53,00 M. Gd. Loko nicht kontingentirt 33,50 Mark Geld.

Getreidebericht der Thorner Handelskammer für Kreis Thorn.
Thorn den 6. Februar 1890.

Wetter: trübe.
Weizen in guter Frage, 125 Pfd. hell 176/7 M., 127/8 Pfd. hell 179 M., 130 Pfd. hell 182 M.
Roggen unverändert, russischer 157—167 M., inländischer 170—171 M.
Gerste Futterwaare 119—126 M., Mittelwaare 130—138 M.
Erbsen 136—143 M., nach Trockenheit.
Hafer 151—158 M., alles pro 1000 Kilo ab Bahn

Meteorologische Beobachtungen in Thorn.

Datum	St.	Barometer mm.	Therm. oC.	Windrichtung und Stärke	Bewölk.	Bemerkung
5. Februar.	2hp	760.0	† 0.8	NE1	0	
	9hp	759.3	— 3.8	C	0	
6. Februar.	7ha	759.5	— 2.3	N1	10	

Wetteraussichten

für das nordöstliche Deutschland
auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.
(Nachdruck verboten.)

Für Freitag den 7. Februar.
Wolkig, bedeckt, vielfach Nebel, stellenweise Niederschläge, mäßige Winde im Binnenland, lebhaft an den Küsten. Temperatur kaum verändert. Fröste.

Sonnabend den 8. Februar.
Wärmer, bedeckt, trübe, Dunst, im Süden zum Theil heiter, starke bis stürmische Winde an den Küsten, mäßig im Binnenlande.

Sonntag den 9. Februar.
Milde, vielfach heiter, zum Theil neblig, feuchte Luft, schwache bis frische Winde.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag den 7. Februar 1890.
Evangelisch-lutherische Kirche:
Abends 6½ Uhr: Jung Stilling. Herr Pastor Rehm.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 21. Januar d. Js. (Nr. 17 dieser Zeitung) bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß gemäß der Kaiserlichen Verordnung vom 8. Januar cr. der Tag der **Neuwahlen für den deutschen Reichstag** auf

Donnerstag den 20. Februar 1890

festgesetzt ist und daß die Wahlhandlung an diesem Tage um 10 Uhr vormittags beginnt und um 6 Uhr nachmittags geschlossen wird.

Indem wir untenstehend die **Eintheilung der Wahlbezirke** unter Bezeichnung der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter, sowie der Wahllokale folgen lassen, fordern wir sämmtliche hierorts wohnende wahlberechtigte Personen auf, sich an dem obengenannten Tage in dem Wahllokale ihres Wahlbezirks einzufinden und ihre Stimmen abzugeben.

Die Wahl wird durch Abgabe eines Stimmzettels von weißem Papier ausgeübt. Der Stimmzettel muß außerhalb des Wahllokals ausgefüllt werden und muß bei der Abgabe dergestalt zusammengefaltet sein, daß der auf demselben verzeichnete Name verdeckt ist. Mit der Unterschrift des Wählers oder mit irgend einem äußeren Zeichen darf kein Stimmzettel versehen sein.

Nr. der Wahlbezirke	Bezeichnung der Wahlbezirke	Namen der Wahlvorsteher	Namen der Stellvertreter der Wahlvorsteher	Wahllokale
1	Altstadt Nr. 1—165, 468, 469, Brückenthorthurm, Artilleriekaserne, Schankhäuser vor dem Weißen- und Segler- resp. Nonnen-Thor, Schiffsbauplatz u. Schiffer auf Kähnen.	Stadtrath Kittler.	Stadtrath Richter.	Magistrats-Sitzungssaal im Rathhause 1 Treppe.
2	Altstadt Nr. 166—289, Defensionskaserne, schiefer Thurm u. Nonnenthor-Thurm.	Stadtrath Dr. Gerhardt.	Stadtrath Schirmer.	Elementar-Töchterschule in der Bäckerstraße, Klasse im Erdgeschoß.
3	Altstadt Nr. 290—467, 470, 471 (Rathhaus).	Stadtrath Schustehrus.	Stadtrath Löschmann.	Saal bei Nicolai (früher Hildebrandt) Altstadt Nr. 361.
4	Neustadt Nr. 1—189, 320, Culmer Thor nebst Militärwohngebäude und Grützmühlenthor.	Stadtverordneter Gerbis.	Stadtverordneter Kolinski.	Aula in der Knaben-Mittelschule.
5	Neustadt Nr. 190—311, 318, 328/29, 330/31, Militärdienst- und Wohngebäude an der Jakobsstraße und am alten Schloß, Fortifikations- und Artilleriedienstgebäude.	Stadtbaurath Schmidt.	Stadtverordneter Fehlauer.	Mielke'sches Gartenlokal (früher Dröse) Neustadt Nr. 330/31.
6	Fischerei- und Bromberger Vorstadt **östliche Hälfte** bis zur Schulstraße (östliche Seite) nebst der Hasenberg-Baracke, dem Hilfslazareth und dem Hafenmeisterhaus.	Stadtverordneter Uebrick.	Töchterschuldirektor Schulz.	Schule der Bromberger Vorstadt, Zimmer am südlichen Eingang.
7	Bromberger Vorstadt, **westliche Hälfte** von der Schulstraße (westliche Seite) ab, einschließlich der Kavalleriekaserne und Fort IVa, Ziegelei, Ziegeleigasthaus, Chaussee- und Forsthaus, Grünhof, Finkenthal und Winkenau, sowie Hirtenkathe, — doch ausschließlich der Gelände nördlich der Kasernenstraße.	Töchterschul-Oberlehrer Dr. Beckherrn.	Lehrer Behrendt.	Schule der Bromberger Vorstadt, Zimmer am nördlichen Eingang.
8	Alte und neue Culmer Vorstadt.	Stadtrath Behrensdorff.	Stadtrath Engelhardt.	Kleiner Saal bei Holder-Egger (Volksgarten).
9	Alte und neue Jakobs-Vorstadt mit Treposch, Schlachthaus, Chausseehaus, Fort I, Jakobsfort, Baracke, Jakobskasernen, Zeughauswerkstatt, Militärdienstgebäude am Leibitscher Thor, Stadtbahnhof, Eisenbahnbrücke, Schankhaus 3, Bahnhof Thorn, Brückenkopf, Bazarkämpe und Militärkasino am Bahnhof.	Schlachthausinspektor Krause.	Hauptlehrer Piątkowski.	Schlachthaus-Restauration.

Thorn den 7. Februar 1890.

Der Magistrat.

Gestern Vormittag 11 Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden unser geliebter Kamerad

Joseph Meyer

Vizewachtmeister der 2. Eskadron Ulanenregiments von Schmidt.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr vom Hilfslazareth Bromberger Vorstadt aus statt.

Das ihn noch lange im Andenken behaltende
Unteroffizierkorps d. 2. Eskadron.
Thorn den 5. Februar 1890.

Die wegen der hier konstatirten Maul- und Klauenseuche angeordnete Sperrmaßregel erstreckt sich fortan nur auf die durch Klein-Mocker führende Thorn-Culmseer Chaussee.

Dir Chaussee Thorn-Culm und die Straße in Gr.-Mocker sind wieder offen.

Mocker den 6. Februar 1890.

Der Amtsvorsteher.

Bekanntmachung.

Die **Fischereinutzung** in dem halben rechtsseitigen Weichselstrom längs des Dorfes Schmolln soll vom 1. April 1890 auf 6 Jahre bis 1. April 1896 verpachtet werden. Wir haben hierzu einen Bietungstermin auf

Montag den 11. Februar cr.
vormittags 11 Uhr

im Oberförsterdienstzimmer unseres Rathhauses angesetzt, wozu Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Verpachtungsbedingungen auch vor dem Termin im Bureau I eingesehen werden können.

Thorn den 24. Januar 1890.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das Verfahren der Zwangsversteigerung des der Wittwe **Antonie Schultze** geb. **Wolff** gehörigen Grundstücks, **Gremboczyn**, Blatt Nr. 98, ist aufgehoben.

Thorn den 5. Februar 1890.

Königliches Amtsgericht V.

Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg.

Königliches Eisenbahnbetriebsamt Allenstein.

Die an der Bahnstrecke Thorn-Insterburg belegene **Bahnhofswirthschaft** zu Allenstein soll zum 1. April d. Js im Wege der öffentlichen Ausbietung anderweitig verpachtet werden. Pachtlustige können die Vertragsentwürfe nebst Bedingungen in unserem Geschäftshause Zimmer Nr. 7 einsehen, oder erhalten dieselben gegen Einsendung von 50 Pfennig für das Stück unfrankirt zugesandt. Jeder Bewerber hat den angebotenen Pachtbetrag in den Vertragsentwurf einzutragen und diesen nach Anleitung der dazu gehörenden Bedingungen vorschriftsmäßig auszufüllen, insbesondere auch die Bedingungen zu unterschreiben. Der Vertragsentwurf nebst Bedingungen ist unter Anschluß der vorhandenen Zeugnisse und eines polizeilichen Führungsattestes

bis zum 28. Februar d. Js.
mittags 12 Uhr

an das unterzeichnete Betriebsamt einzureichen und auf dem Briefumschlag über der Adresse mit der deutlichen Aufschrift „Angebot auf Pachtung der Bahnhofswirthschaft Allenstein" zu versehen. Die Oeffnung der eingegangenen Angebote findet am 28. Februar d. Js. mittags 12 Uhr in unserem Geschäftshause hierselbst Zimmer Nr. 1 statt. Der Zuschlag erfolgt innerhalb längstens 3 Wochen nach stattgehabtem Termin. Besondere Antworten werden nur gegen Einsendung des Postportobetrages gegeben.

Allenstein den 1. Februar 1890.

Königl. Eisenbahnbetriebsamt.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.